

Wird Deutschland wieder zum kranken Mann Europas?

So stellen die aktuellen Krisen das deutsche Geschäftsmodell infrage

Die Analyse der OECD ist eindeutig: Deutschland - lange Zeit Europas Wachstumsmotor und Stabilitätsanker - fällt zurück. Nicht nur ein bisschen, sondern bis ans Ende der großen Industrie- und Schwellenländer. 2023 werde Deutschland das Land mit der tiefsten Rezession und der höchsten Inflation. Die Wirtschaft schrumpfe um 0,7 Prozent, die Inflation bleibe im gesamten Jahr mit 7,5 Prozent hoch. So steht es im World Economic Outlook der Organisation der Industrieländer.

Ähnlich urteilt der Internationale Währungsfonds. In seinem Ausblick auf die Weltwirtschaft setzt der IWF Deutschland mit minus 0,3 Prozent ebenfalls als Ende der Wachstumsrangliste. Schlechtere Aussichten für das nächste Jahr habe nur eine andere große Volkswirtschaft: Russland.

Gerade die Industrie wird zum deutschen Sorgenkind. Unter den größten Volkswirtschaften der Welt hat Deutschland einen sehr hohen Industrieanteil von rund 30 Prozent (nach Rechnung der Weltbank). Ähnlich hoch ist dieser nur in China und Russland. In den meisten hoch entwickelten Volkswirtschaften wie den USA, Frankreich oder Großbritannien trägt die Industrie weniger als 20 Prozent zur Wirtschaftsleistung bei.

Lange Zeit war diese untypische Kombination eines sehr reichen, sehr hoch entwickelten Landes mit dennoch hohem Industrieanteil Teil des sehr speziellen deutschen Erfolgsrezeptes - man kann vom deutschen Geschäftsmodell sprechen: Eine ausgefeilte industrielle Produktion, exzellente Ingenieure und top ausgebildete Fachkräfte; weltweit gefragte Produkte mit hoher Qualität - und zu wettbewerbsfähigen Preisen. Dafür sorgten neben einer hohen Produktivität die **billige Energie aus Russland** - und der aus deutscher Exportsicht günstig bewertete Euro. All dies in einem Umfeld innerer Stabilität und äußerer Sicherheit.

Ein Traum. Der geplatzt ist.

Der Historiker Andreas Rödder spitzte es in der Welt am Sonntag so zu: "Das gesamte deutsche Geschäftsmodell funktioniert nicht mehr. Es stand auf drei Säulen: Billiger Energieimport aus Russland, wirtschaftliche Abhängigkeit von China, und für die Sicherheit sorgen USA und Nato, ohne dass wir unseren Beitrag zahlen. Deutschland steht vor radikalen Veränderungen."

Billige Energie aus Russland? Nicht mehr zu haben. Wachstum im Windschatten Chinas? Sehr fraglich. Sicherheit (fast) zum Nulltarif? Passé seit der "Zeitenwende" des russischen Überfalls auf die Ukraine. Stattdessen ein 100-Milliarden-Aufrüstungsprogramm für die Bundeswehr.

Droht Deutschland damit wieder zum "kranken Mann Europas" zu werden, wie der britische "Economist" die Bundesrepublik 1999 in einer berühmten Geschichte titulierte?

Die "radikalen Veränderungen" treffen mit besonderer Wucht die Industrie. Die Deutsche Bank ist daher "pessimistisch für den Industriestandort Deutschland". Ihr Ökonom Eric Heymann: "Wenn wir in etwa zehn Jahren auf die aktuelle Energiekrise zurückblicken werden, könnten wir diese Zeit als Ausgangspunkt für eine beschleunigte Deindustrialisierung in Deutschland betrachten." Die **Gaskrise könne der „strukturelle Gamechanger** für den Industriestandort Deutschland sein – und für das deutsche exportorientierte Geschäftsmodell.“

Die Wucht der steigenden Energiepreise trifft nicht nur energieintensive Großindustrien wie Zementwerke, Aluminiumhütten, Chemiefabriken oder Papierverarbeiter. Sie bringt auch tausende mittelständische Betriebe und zehntausende kleine Unternehmen - wie die sprichwörtlich gewordenen Bäcker - in eine Lage, in der ihre Geschäftsmodelle nur dann noch funktionieren, wenn sie die Preise ebenso drastisch erhöhen können.

Wie prekär die Lage ist zeigt, dass die Deutschen zum erstem Mal seit der unmittelbaren Nachkriegszeit wieder Angst vor einem kalten Winter haben müssen. Werde zu viel geheizt drohe ein Gasmangel und die Rationierung von Energie. Für diesen Fall sagen führende Ökonomen eine **frostige Rezession in Deutschland** voraus.

Am Ende landet alles bei den Verbrauchern, den Arbeitnehmern, den Sparern. Die Inflation in Deutschland ist so hoch, wie seit 1951 nicht mehr. Ein Ende ist nicht in Sicht, denn noch steigen die Preise auf der Erzeugerstufe noch schneller als bei den Verbrauchern. Vor allem die Importe werden teuer. Plötzlich wird dabei der exportfreundlich niedrige Euro zum Problem, weil er die Importe verteuert. Da kommt noch was. **Für Millionen Beschäftigte sinken derweil die Realeinkommen** - auch dies so stark wie nie zuvor. Der Staat kann Preisdeckel hin, Entlastungspakete her, die Teuerung und die Einbußen nicht auf Dauer ausgleichen, stellen die Ökonomen der Deutschen Bank fest.

Der Ukraine-Krieg markiert damit auch wirtschaftlich für Deutschland eine Zeitenwende. Das wird besonders im Außenhandel deutlich. Deutschland war einmal Exportweltmeister und ist immer noch ein extrem starkes Exportland. Dennoch sind die Exportschüsse fast auf null geschrumpft. Das liegt nicht daran, dass deutsche Unternehmen weniger exportieren, sondern allein daran, dass die Importe teurer werden.

Dieser Effekt bedeutet für Deutschland insgesamt einen erheblichen Wohlstandsverlust. Für das Geld, das für Exporte nach Deutschland fließt, können wir uns weniger Güter im Ausland kaufen. Ökonomen sprechen davon, dass sich die Terms of Trade verschlechtern. **Der Preiseffekt macht uns ärmer. Kein Staat, keine Regierung kann dies auf Dauer ausgleichen.**

Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) oder Finanzminister Christian Lindner (FDP) haben dies immerhin früh ehrlich gesagt: "Dieser Krieg macht uns alle ärmer".

Aber eben doch nicht alle: Wo Verlierer sind, gibt es auch Gewinner. Dazu gehören die Energieexporteure. Die OPEC, das Kartell der Ölförderländer hat gerade die Fördermengen gesenkt. Die Preise werden steigen. Beim Gasexporteur Norwegen schießen die Einnahmen und der Überschuss der Staatskassen mit jedem Prozent Preissteigerung für Gas in die Höhe. **Die USA können mehr ihres im umstrittenen Fracking-Verfahren gewonnenen Schiefergases zu höheren Preisen an Deutschland verkaufen.** Minister Habeck beklagte, auch befreundete Staaten verlangten in der Krise "Mondpreise". Das mag wohlfeil gewesen sein, ohne Anlass war es nicht.

Aktuell kann Deutschland vor allem zwei Stärken in die Waagschale werfen. Die erste ist die gute Verfassung der Staatsfinanzen. Jetzt zahlen sich die Jahre strenger Disziplin mit einer "schwarzen Null" oder sogar Überschüssen in den Haushalten aus. Der Staat kann viel stemmen: die Hilfsschirme der Corona-Krisen, das 100-Milliarden-Paket für die Bundeswehr, die vielen Milliarden aus den Inflations-Entlastungsprogrammen und sogar die 200 Milliarden für den Gaspreisdeckel. Doch es gibt Grenzen. Zu erwarten, der Staat könne die Folgen der teureren Energie und des Verlustes an Wohlstand **dauerhaft ausgleichen, wäre eine Illusion.**

Die zweite Stärke ist der robuste Arbeitsmarkt. Arbeitsmarktforscher gehen davon aus, dass die aktuellen Krisen zwar das Wachstum der Beschäftigung bremsen, die Arbeitslosenzahl aber nur geringfügig steigen lassen. Der wichtigste Grund dafür weist jedoch wieder auf ein Risiko hin. Denn überall fehlen Arbeitskräfte, insgesamt zwei Millionen - vor allem gut ausgebildete Fachkräfte. Sie waren - und sind - ein wichtiger Teil des erfolgreichen deutschen Geschäftsmodells.

Romanus Otte, Business Insider Deutschland, Version 5.11.22